



# DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE BIPOLARE WELTORDNUNG – DER WEG ZUM GEOPOLITISCHEN AKTEUR

**"M**

eine Kommission wird eine geopolitische Kommission sein." Mit diesen Worten stellte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre Kommission vor. Es ist weithin in Vergessenheit geraten, dass sie diesen Anspruch nicht bei ihrer Wiederwahl 2024, sondern bereits 2019, zu Beginn ihrer ersten Amtszeit, formulierte. Und das schon seinerzeit mit vollem Recht, angesichts der sicherheitspolitischen Verunsicherung durch Trump I, des zunehmenden geoökonomischen Drucks Chinas und der ungelösten Migrationsfrage. Doch nicht nur der heiße Krieg, der seit 2022 an Europas Grenzen tobtt, verdeutlicht, wie schwer sich die Europäische Union damit tut, der selbstgesteckten Ambition gerecht zu werden.

Wenn der französische Präsident Macron auf "europäischer Souveränität" besteht, die Kommissionspräsidentin von der Leyen "den europäischen Moment" beschwört, dann scheint die EU auf dem Weg zu einem geopolitischen Player zu sein, der sich in der bipolaren Realität des neuen kalten Krieges zwischen den USA und China behauptet. Tatsächlich kämpft die EU jedoch mit schwacher ökonomischer Dynamik und politischer Fragmentierung und bleibt trotz der 19 Sanktionspakete eine wirkungsvolle Antwort auf die existenzielle Bedrohung durch die russische Aggression bisher schuldig.

Überraschend ist das nicht. Wenn die Idee von der Verrechtlichung internationaler Staatenbeziehungen global unter die Räder gerät, ist ein Staatenverbund, der diese Idee bis zur Teilaufgabe von Souveränität zur Grundlage ihrer Identität gemacht hat, vor eine schwer lösbare

Aufgabe gestellt. Als handelspolitische Großmacht zeigt sie trotz hohen Drucks innere Einheit, schreckt aber gegenüber den USA wie auch China vor dem Einsatz harter Bandagen wie dem sog. "Anti-Coercive Instrument" zurück. Der Auftritt als einheitlicher Handels-, Währungs- und Rechtsraum verleiht der Europäischen Union internationales Gewicht, macht sie aber noch lange nicht strategiefähig, und angesichts ihrer fortbestehenden Abhängigkeiten stößt sie an die Grenzen nicht nur geopolitischer, sondern auch geoökonomischer Gestaltungsmöglichkeiten. Das Fehlen einer glaubwürdigen militärischen Kapazität ist schließlich der entscheidende Faktor, der Europa aus Sicht der auf aggressive militärische Optionen setzenden Parteien im Mittleren Osten und Russlands irrelevant werden lässt.

Ist die Europäische Union also dazu verdammt, sich als hilfloser Zaungast entweder dem Druck eurasischer Autokratien zu ergeben, oder endgültig zu einem Vasallen ihrer einstigen amerikanischen Schutzmacht zu werden?

Besonders groß ist derzeit der Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei Europas militärischer Sicherheit. Anders als die Bundesrepublik sind die großen Mitgliedstaaten trotz konditionierter Ausnahme von der europäischen Schuldenregel und ihrer NATO-Zusagen finanziell deutlich beschränkt. Strategisch scheint bisher nur Großbritannien, das künftig nicht mehr als ca. 20 % in traditionelle Kampfplattformen investieren will, die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Modernisierung erkannt zu haben.

Mit Blick auf die unmittelbar größte Herausforderung des Ukrainekrieges sind politischer Wille und finanzielle

Instrumente vorhanden. Doch von der europäischen Munitionsinitiative (ASAP) bis zum SAFE-Programm mangelt es eklatant an zeitnäher industrieller Umsetzung.

In vielen Mitgliedstaaten fehlen gemeinsame Standards, Verträge und Fertigungsketten, um die beschlossenen Mittel rasch einzusetzen. Auch das deutsch-französische Kampfflugzeugprojekt FCAS, Symbol für europäische Rüstungsintegration, kommt nicht voran: Der Streit zwischen Dassault und Airbus über Technologieanteile verzögert die Entwicklung um weitere Jahre. Europas Rüstungslandschaft bleibt fragmentiert – und die Ambitionen politischer Beschlüsse übersteigen weiterhin die industrielle Realität.

Während die militärische Unterstützung Europas trotz des Starts der NATO-Initiative "Prioritized Ukraine Requirements List" (PURL) rückläufig ist, zeigen sich immer deutlicher die Fortschritte der Ukraine mit dem weiteren Ausbau ihrer eigenen militärischen Kapazitäten. Rund 40 % ihres Bedarfs produziert sie inzwischen selber, mit Eigenentwicklungen wie dem Raketen-System Flamingo wird sie auf Sicht auch aus eigener Kraft die Schlachtfeld-Dynamik maßgeblich gestalten können.

Entscheidend hierfür ist der finanzielle Beitrag durch Europa, der damit zu einem unmittelbar kriegentscheidenden Faktor werden könnte. Einschließlich der Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien, Norwegen und der Schweiz liegt er mit rd. 177 Mrd. € bereits jetzt über den 114 Mrd. € aus den Vereinigten Staaten. Per annum beläuft sich der zu ersetzenende Anteil der US-Hilfe auf nicht mehr als rd. 0,2 % des BIP, wie EU-Verteidigungskommissar Kubelius nicht müde wird zu betonen.

Ein wirklicher "game changer" wäre der sogenannte "Reparations Loan", mit dem russische Zentralbankgelder in einer Höhe von rd. 180 Mrd. € für die ukrainische Kriegsführung mobilisiert werden könnten. Die EZB hatte ihre Bedenken hinsichtlich einer möglichen Schwächung des Währungsraumes inzwischen zurückgenommen. Doch trotz historischer Präzedenzfälle und einer ausgefeilten rechtlichen Konstruktion gelang es bei dem letzten europäischen Rat in Brüssel nicht, Belgien gegen rechtliche Risiken bei Euroclear und die erwarteten Vergeltungsmaßnahmen Russlands hinreichend abzuschirmen.

Sicher ist bei dem "reparations loan" das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Struktur wäre nicht nur eine große Investition in Europas Sicherheit, sondern würde auch auf das Standing der EU als Emittent von Euro-

Anleihen einzahlen. Mit dem Rückgang des Anteils internationaler Anleger an US-Staatsanleihen von rd. 50 % auf etwa 30 % eröffnet sich der EU die Perspektive, den Euro schrittweise als Reservewährung international zu entwickeln. Sie hätte daran ein überragendes Interesse. Denn die Schwächung der Dollar-Governance ist auch ein erhebliches Risiko für die westlichen Finanzmärkte. Nun jedoch muss sich die EU plötzlich amerikanischer Begehrlichkeiten erwehren, die eingefrorenen russischen Guthaben für eine Wiederbelebung amerikanisch-russischer Wirtschaftsinteressen einzusetzen.

Wirtschaftlich lässt die EU derzeit das größte Potential brachliegen, was sie kurzfristig aus eigener Kraft mobilisieren könnte: ihren Binnenmarkt. Der IWF verwies kürzlich darauf, dass die Fragmentierung des Binnenmarktes einem internen EU-Zoll für Waren von 44 % und für Dienstleistungen von über 100 % entspräche.

Eine bipolare Welt bietet naturgemäß Chancen, mit Staaten zu kooperieren, die sich keiner Blocklogik ergeben wollen. Zwar ist die BRICS-Staatengruppe zunehmend zu einem strategischen Vorfeld Chinas geworden. Doch wenn die EU lernt, auf exzessiven Werte- und Normenexport zu verzichten, hat sie große Chancen, Märkte zu öffnen und Kooperationen einzugehen. Und auch die EU-Erweiterungsagenda kann den Erfolg der Stabilisierung Mittel- und Osteuropas fortsetzen, wenn die EU bereit ist, neue Wege für eine abgestufte Aufnahme in die Union anzubieten.

Wirtschaftliche Dynamisierung des Binnenmarktes, eine strategische Ausweitung von Handels- und Investitionsabkommen und die konsequente Finanzierung der militärischen industriellen Basis der Ukraine würden es der EU ermöglichen, in einer geschwächten internationalen Ordnung die ihr eigenen Stärken zum Tragen zu bringen. Kurzfristig jedoch entscheidet sich das Schicksal Europas als ein geopolitisch ernst zu nehmender Akteur in der Ukraine.

Martin Wiesmann  
Managing Partner

&  
Joachim von der Goltz  
Partner, Head of UK  
BGA-Berlin Global Advisors  
International Government Affairs & Geopolitics



**FREIE FAHRT MIT IHREM  
ERFAHRENEN FINANZPARTNER.**  
IMMER AUF SPUR BLEIBEN – MIT ATTRAKTIVEN  
TAGES- UND FESTGELDANGEBOTEN.

**BMW Financial Services**

[Jetzt informieren](#)

BMW Financial Services ist eine Geschäftsbezeichnung der BMW Bank GmbH, Lilienthalallee 26, 80939 München.